WORKING PAPER

HUNGERPOLITIK STOPPEN

Tim Eberhard, Max Fischer, Jürg Fröhlich, Martin Gallusser, Jürg Meier, Beat Ringger, Annette Schlemm, Simone Schnabel, Claus Seibt

Oktober 2026

DENKNETZ

Oktober 2026

HUNGERPOLITIK STOPPEN

Tim Eberhard, Max Fischer, Jürg Fröhlich, Martin Gallusser, Jürg Meier, Beat Ringger, Annette Schlemm, Simone Schnabel, Claus Seibt[1]

DENKNETZ GRUNDLAGEN

ABSTRACT

Die globale Ernährungslage gerät unter dem Druck von Klimaerhitzung, Kriegen und geopolitischen Krisen zunehmend aus dem Gleichgewicht. Gleichzeitig machen die starke Abhängigkeit von globalen Handelsstrukturen, die Konzentration von Marktmacht bei wenigen Konzernen und die industrielle Landwirtschaft das Ernährungssystem verletzlich und krisenanfällig. Hunger ist dabei nicht nur eine Frage fehlender Nahrungsmittel, sondern auch eine Frage von Verteilung, politischen Entscheidungen und wirtschaftlichen Interessen. Die Autor:innen zeigen, weshalb eine grundlegende ernährungspolitische Wende notwendig ist, und entwickeln vier Vorschläge: den Welthandel am Bedarf auszurichten, Fleischproduktion und -konsum deutlich zu reduzieren, eine ökosoziale Transformation der Landwirtschaft voranzutreiben und Übergewinne konsequent zu besteuern. Dabei plädieren sie für internationale Kooperation und neue gemeinnützige Strukturen, die die Dominanz profitorientierter Konzerne begrenzen und Versorgungssicherheit gewährleisten. Denn wenn Ernährungspolitik nicht grundlegend verändert wird, droht Weltpolitik zur Hungerpolitik zu werden.

Noch bis vor Kurzem hätte kaum jemand bestritten, dass die weltweite Bekämpfung des Hungers ein zentrales Ziel der Weltgemeinschaft ist. Die 2015 von sämtlichen UN-Staaten verabschiedeten ***Sustainable Development Goals SDGs*** fordern denn auch das Ende von Hunger, eine sichere Ernährung für alle und eine nachhaltige Landwirtschaft bis ins Jahr 2030. Nach anfänglichen Erfolgen befindet sich die globale Agenda zur Bekämpfung des Hungers nun aber in einer Krise, wenn nicht bereits im Zerfall. Das vielleicht erschreckendste Zeichen dafür: Hunger wird wieder unverblümt als kriegerische Waffe eingesetzt, etwa im Gazastreifen oder im Sudan. Und dies nicht nur durch «Warlords» in «Failed States», sondern auch durch die Regierungen von Russland, Israel, den USA und dem Iran. Der Irankrieg und die Blockade der Meerenge von Hormus machen gerade deutlich, wie gross die globalen Abhängigkeiten im Nahrungssektor geworden sind. Durch dieses Nadelöhr erfolgen rund 35% der weltweiten Stickstoffdüngerexporte und 45% der Schwefelexporte, beide sind wichtige Bestandteile des landwirtschaftlichen Kunstdüngers. Wegen der Blockade ist Dünger vor allem in asiatischen Ländern zur Mangelware geworden. Rasante Preissteigerungen sowie Lieferausfälle kommen zur Aussaatzeit und damit zum ungünstigsten Moment. Das Ausmass der Folgen wird erst in der Erntezeit voll ersichtlich (Missbach 2026). Máximo Torero, Chefökonom der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) befürchtet, dass Millionen Menschen wegen dieser bevorstehenden Ernteausfälle an Hunger sterben werden (Torero 2026), zumal sich die Lage wegen des zu erwartenden starken El-Niño-Effektes zusätzlich verschärfen dürfte.

In diesem Zusammenhang muss allerdings auch erwähnt werden, dass der hohe Einsatz von Kunstdünger alles andere als unproblematisch ist. Wo die Landwirtschaft auf dessen Einsatz ausgerichtet ist, führen Lieferausfälle oder massive Preissteigerungen unmittelbar zu erheblichen Ertragseinbussen. Der hohe Einsatz von Kunstdüngern ist im Hinblick auf eine nachhaltig-ökologische Landwirtschaft ein grosses Problem und führt z.B. zu Belastungen der Böden sowie des Grundwassers. Fachleute halten es für möglich, auf Kunstdünger weitgehend zu verzichten, eine entsprechende Umstellung der Landwirtschaft sei geboten (Dyttrich 2026).

Die Hormus-Krise ist ein Fanal für die Verletzlichkeit der globalen Ernährungslage, die wir im vorliegenden Text genauer untersuchen wollen. Wir tun dies im grösseren Kontext der beginnenden Epoche der Heisszeit und ihrer Verwerfungen auf ökologischer, ökonomischer, sozialer sowie politischer Ebene (Denknetz 2025). Im Text fokussieren wir auf die Landwirtschaft. Fragen der Versorgung mit maritimen Nahrungsmitteln sowie mit ausreichendem Süsswasser sind nicht berücksichtigt.[2]

Akute Ernährungskrisen stellen die Verteilungsfrage. Können sich alle Menschen ausreichend und ausgewogen ernähren, oder werden die verfügbaren Lebens-

mittel ungleich verteilt, so dass die einen hungern, während andere im Überfluss leben? Dahinter verbergen sich immer auch strukturelle Fragen: Was wird produziert (und was nicht), wer produziert, wie wird produziert, und welche Rolle spielen kommerzielle Interessen?

Die jeweils akute Krisenlage ist zunächst immer eine Frage der Verteilung. Praktikable Vorschläge auf dieser Ebene sind von zentraler Bedeutung, deshalb legen wir in diesem Text darauf einen wichtigen Fokus. Gleichzeitig ist klar: Eine wirksame Welternährungspolitik kann es nicht dabei bewenden lassen. Alleine die Frage nach dem Ausmass der Fleischproduktion muss dringend angegangen werden, weil sie wesentlich mehr landwirtschaftliche Ressourcen in Anspruch nimmt als die Produktion von pflanzenbasierter Nahrung. Der offensichtliche Überkonsum von Fleisch durch privilegierte Bevölkerungsteile ist in einer chronischen Mangelsituation unhaltbar.

Fazit: Die Belastungen aufgrund von Klimaerhitzung und Kriegen machen eine ernährungspolitische Wende unerlässlich, wenn Hunderte Millionen Menschen vor Krankheit, Leid und Tod bewahrt werden sollen. Je länger eine solche Wende ausbleibt, desto dramatischer sind die Folgen. Damit würde eine offensichtlich erforderliche Hilfeleistung unterlassen, und deshalb sprechen wir explizit von Hungerpolitik.

Krisen-Kaskaden

Es ist unmittelbar einsichtig, dass die Folgen des Klimawandels, also Hitzewellen, Dürreperioden, Starkregenfälle oder weitläufige Überschwemmungen, zu erheblichen Ernteausfällen führen und noch verstärkt führen werden (IPCC 2022). Wegen Wüstenbildung und Versteppung wird es in einigen Regionen künftig überhaupt nicht mehr möglich sein, Landwirtschaft zu betreiben. Das allein ist schon besorgniserregend genug.

Dazu kommen die Folgen der seit Jahrzehnten forcierten Industrialisierung der Landwirtschaft. Mit Standardisierungen, dem Einsatz von Maschinen, Grossfarmen, Monokulturen, Kunstdüngern, auf Ertrag optimiertem Saatgut und Pestiziden konnte zwar die Arbeitsproduktivität erheblich gesteigert werden. Aber das hat seinen Preis. Die Böden werden verdichtet, ihre Qualität geschädigt, Agrarflächen und Gewässer überdüngt. Die heute weit verbreiteten Monokulturen sind anfällig für Schädlinge, was den intensiven Einsatz von Pestiziden erforderlich macht. Die Biodiversität sinkt, und vielerorts wird Wasser wegen Übernutzung zur Mangelware. Die Arbeit in der industrialisierten Landwirtschaft ist oftmals stark prekarisiert. Im Kontrast dazu sind ökologische und kleinräumige Produktionsverfahren zwar arbeitsintensiver, aber meist in der Lage, pro Anbaufläche mehr Kalorien zu produzieren als Grossfarmen mit Monokulturfeldern (siehe dazu u.a. Dyttrich 2022/1, 2022/2).

Der Welthandel mit Grundnahrungsmitteln wird von wenigen Exportnationen dominiert: Indien, Thailand und Vietnam bei Reis; Russland, die USA, Frankreich,

die Ukraine und Australien bei Weizen; die USA, Brasilien und Argentinien bei Mais und Soja; Indonesien und Malaysia bei Palmöl. Dem stehen Nationen gegenüber, die für die Ernährung ihrer Bevölkerung zu grossen Teilen von Importen abhängig sind. Besonders ausgeprägt ist dies in Nordafrika und im Nahen Osten (EU 2024). Aber auch Europa gehört zu den weltweit grössten Importeuren von Lebensmitteln. Die Schweiz reiht sich hier ein: Ihr Netto-Selbstversorgungsgrad lag im Zeitraum von 2022 bis 2024 bei 45% (BLW 2025). Die europäischen Länder könnten allerdings ihren Versorgungsgrad erheblich steigern, wenn sie die Futtermittelproduktion einschränken würden (siehe weiter unten).

Gerade mal vier Konzerne kontrollieren 50 bis 60% des Welthandels mit Getreide, Ölsaaten und Eiweisspflanzen (EU 2024). Sie alle haben starke Bezüge zur Schweiz (siehe Kasten). Auch die Versorgung mit Saatgut (zu 57%) und Pestiziden (zu 70%) wird von nur vier globalen Unternehmen kontrolliert, darunter die Syngenta-Group mit Hauptsitz in Basel (Heinrich-Böll-Stiftung 2022).

Die heutige globale Agrarproduktion ist in hohem Masse anfällig für «Störungen», deren Folgen sich schockartig ausbreiten können. So kann es zu Krisenkaskaden mit potenziell desaströsen Folgen kommen. Der britische Autor, Welternährungs-Experte und Guardian-Kolumnist George Monbiot betont, wie wichtig die Widerstandskraft gegen Schocks und Krisen (Resilienz) gerade beim Welternährungs-System wäre – und wie gering sie mittlerweile geworden ist (Monbiot 2023). Er vergleicht die heutige Situation mit derjenigen der Weltfinanzmärkte von 2008 (Monbiot 2026). In Bezug auf mögliche Folgen zeichnet er ein düsteres Bild: «***When a system has lost its resilience, it's hard to predict just how and when it could go down. The collapse of one corporation? The simultaneous closure of two or more chokepoints? A major IT outage? A severe climate event coinciding with a geopolitical crisis? The next step could be contagious bankruptcy and cascading failure across sectors. Then … well, it's beyond imagination. The chain between seller and buyer – as fundamental to our food supply as the production of food itself – could suddenly snap. Shelves would clear as people panic-bought. Crops would rot in fields, silos or ports. Rebooting a system whose financial architecture has imploded might prove impossible on the timescale required to prevent mass starvation. As complex societies, we're looking at a potential termination event***»[3] (Monbiot ebenda).

Ein ***Termination Event***, also ein Endereignis menschlicher Zivilisation? Die Bezeichnung mag als Warnung durchgehen. Doch trotz aller bedenklichen Systemabhängigkeiten ist das Welternährungsgefüge längst nicht in gleichem Masse vernetzt und volatil, wie dies die internationalen Finanzmärkte 2008 waren (und grossenteils auch heute noch sind). Wahrscheinlicher ist deshalb eine andere Entwicklung, die allerdings ebenfalls erschreckend ist – die Wiederkehr von «Biafra-Momenten», und eine neue Normalisierung des Hungers.

Die Bedeutung der Schweiz in der Ökonomie der Welternährung

Wird von der Schweiz in Zusammenhang mit Rohstoffen und Welthandel berichtet, stehen meist Konzerne wie Glencore, Trafigura, Vitol, Mercuria Group oder Gunvor im Zentrum. Sie handeln vor allem mit Metallen, Öl und Erdgas.

Aber auch beim Handel mit Nahrungsmitteln ist die Schweiz ein globales Zentrum. Der Welthandel mit Grundnahrungsmitteln wird von vier Handelskonzernen dominiert, die jeweils auch in der Erstverarbeitung vieler Agrarrohstoffe aktiv sind (z.B. Pflanzenöle oder Biodiesel). Sie alle haben einen starken Bezug zur Schweiz:

- Die ***Archer Daniels Midland*** hat ihren Hauptsitz in Chicago. Umsatz 2025: rund 80 Mrd. USD. Die europäische Zentrale steuert das Geschäft von Rolle (Waadt) aus.
- Der operative Hauptsitz von ***Bunge*** liegt in St. Louis, Missouri. Umsatz 2025: rund 70 Mrd. USD. Den rechtlichen und steuerlichen Hauptsitz hat das Unternehmen nach Genf verlegt.
- Der globale Hauptsitz von ***Cargill*** befindet sich in Minnesota. Umsatz 2025: 154 Mrd. USD. Den entscheidenden globalen Seefracht- und Getreidehandel lenkt der Konzern jedoch in der Schweizer Niederlassung in Genf.
- Die offizielle Konzernzentrale der ***Louis Dreyfus Company*** befindet sich in Rotterdam. Umsatz 2025: rund 53 Mrd. USD. Das operative Hauptquartier, in dem der globale Agrarhandel gesteuert wird, ist ebenfalls in Genf.

Die Schweiz ist zudem Hauptsitz der ***Syngenta Group***, einem der vier grössten Weltkonzerne im Saatgut- und Pestizidmarkt. Umsatz 2025: rund 28 Mrd. USD. Der ehemals rein schweizerische Konzern wurde von der staatlichen ChemChina übernommen und bildet heute das agrochemische Fundament Chinas. Syngenta hat seinen operativen Hauptsitz weiterhin in Basel und gilt als weltweiter Marktführer im Pestizidgeschäft.

Schliesslich liegt der Hauptsitz von ***Nestlé***, dem weltweit grössten Konzern der verarbeitenden Nahrungsmittelindustrie (Umsatz 2025: circa 90 Mrd. CHF), ebenfalls in der Schweiz (Vevey).

Die Rückkehr Biafras

Zwischen 1967 und 1970 kam es im heutigen Nigeria zum Krieg der Regierung gegen die abtrünnige Region Biafra und dabei zu einer Hungersnot, der bis zu vier Millionen Menschen zum Opfer fielen. Bilder von ausgemergelten, dem Tod geweihten Kindern gingen um die Welt und lösten eine globale Schockwelle aus. Biafra wurde zu einem Fanal, zu einem Wendepunkt in der Geschichte der internationalen Hilfe. Nie mehr sollte sich eine solche Katastrophe vor den Augen der

Weltöffentlichkeit abspielen können, so die weit verbreitete Auffassung. Internationale Programme zur Verhinderung solcher Hungersnöte wurden erheblich gestärkt, ihre Koordination verbessert, und die Weltgemeinschaft bekräftigt seither Mal für Mal, dass Hunger weltweit eliminiert werden müsse (Sandrisser 2017, Deutsches Auswärtiges Amt 2020).

Titelbild *Der Spiegel* vom 19. August 1968

Quelle: Der Spiegel (Nr. 34) vom 19. August1968, https://www.spiegel.de/spiegel/print/index-1968-34.html (21. Oktober 2026).

Gegenwärtig verdichten sich die Anzeichen dafür, dass sich das Blatt wieder wendet. Hungersnöte werden häufiger und fordern mehr Menschenleben. Zu beachten sind auch die Folgen lang anhaltender Mangelernährung, insbesondere bei Kindern: Ihre körperliche und geistige Entwicklung wird dadurch lebenslang beeinträchtigt. Das kann sich auf ganze Regionen oder Länder auswirken, die in vielen Bereichen zurückgebunden werden – wirtschaftlich, bildungsmässig und gesundheitlich.

Oft ist dies mit Kriegen verbunden (etwa in Gaza oder im Sudan), aber nicht immer. Laut Angaben des UN-Welternährungsprogramms WFP hat im August 2026 die Hungerkrise in Afghanistan alarmierende Ausmasse angenommen. 47% der Minderjährigen seien unterernährt; wegen der Kürzung der Entwicklungshilfe vieler Geberländer könne das WFP nur noch eines von neun betroffenen Kinder unterstützen). Insgesamt seien 14 Millionen Personen betroffen, bei einer Gesamtbevölkerung von rund 48 Millionen. Die Lage habe sich wegen grosser Armut und der Klimaerhitzung verschärft, aber auch, weil Pakistan und der Iran seit 2023 rund sechs Millionen afghanische Geflüchtete ausgewiesen hätten (UN News 2026, NZZ vom 5.6.2026).

Für Soforthilfen fehlen heute wieder und künftig wohl noch vermehrt die Mittel, oder genauer: Es fehlt die Bereitschaft, sie zur Verfügung zu stellen. Verantwortlich dafür ist die Zerschlagung der US-Hilfsbehörde USAID durch Musk und Trump, aber auch die Kürzung von Entwicklungsgeldern in vielen anderen Ländern, darunter der Schweiz.

Wir erleben die Rückkehr von «Biafra-Momenten»: Millionen von Menschen hungern und sterben, und «die Welt» schaut zu – die einen tatenlos, die andern hilf-

los. Ein moralischer Schock, aber diesmal möglicherweise ohne Aussicht auf eine Wende zum Besseren. Solche Welterfahrungen, solche wiederholten «Biafra-Momente» stellen Moral, Empathie und Menschenrechte in einem Mass auf die Probe, wie das in Gaza, im Sudan-Krieg oder in Afghanistan gerade sichtbar wird.

Preistreiberei als Brandbeschleuniger

Werden Nahrungsmittelpreise knapp, erhöhen profitorientierte Produktions- und Handelskonzerne die Preise so stark wie möglich – wenn man sie denn lässt. Aus Sicht der Opfer der Verknappungen ist das ein gefährlicher Brandbeschleuniger. Aus Sicht der marktliberalen Wirtschaftslehre ist das systemkonform: Solche «Preissignale» seien unerlässlich und sollten auch nicht unterbunden werden, weil sie entsprechende ökonomische Anpassungsprozesse auslösten, zum Beispiel zusätzliche Investitionen in die Produktion der nun höherpreisigen Güter. Solche Anpassungen brauchen allerdings Zeit – etwas, was Hungernde nicht haben. Und sie werden schwieriger, wenn die erforderlichen Produktionsmittel (Böden, Wasser, Dünger, Transportkapazitäten) ebenfalls unter Druck stehen. Und dies nicht nur episodisch. Regelmässig wiederkehrende Hitzewellen oder der Anstieg des Meeresspiegels können grosse Gebiete für die Landwirtschaft dauerhaft unbrauchbar machen.

Käme es zu einer länger dauernden globalen Krise der Lebensmittelversorgung, würden explodierende Lebensmittelpreise die sozialen Ungerechtigkeiten ins Unermessliche steigern, während die systemkonformen Anpassungsprozesse weit hinter den Erfordernissen zurückblieben. Weltweit würden die Reichsten weiterhin keinerlei Einschränkungen in Kauf nehmen müssen. Im globalen Norden könnten sich die meisten Leute vermutlich über Wasser halten, mit Ausnahme des wachsenden Teils von Menschen in prekären Lebensverhältnissen. Im globalen Süden hingegen würden grosse Teile der Bevölkerung hungern; ihre Gesundheit würde dauerhaft geschädigt, viele würden sterben. Allerdings: Auch für reiche Länder könnten sich die Bedingungen in absehbarer Zeit so grundlegend verändern, dass auch sie vor Hungerkatastrophen nicht mehr geschützt wären. Der Zusammenbruch des Golfstroms etwa würde das europäische Klima dramatisch verändern und könnte die hiesige Agrarproduktion einbrechen lassen. Bereits durch Hitzewellen (wie sie aktuell in Europa herrschen) gerät die Landwirtschaft im ganzen Mittelmeerraum unter Druck.

Für den kürzlich verstorbenen Jean Ziegler, von 2000 bis 2008 UNO-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, war Hunger das Ergebnis struktureller Ungerechtigkeiten und damit ein dauernder Skandal. Letzterer droht nun furchterregende Dimensionen anzunehmen. Wie in der Filmtrilogie «The Hunger Games» würde sich Hunger in vielen Regionen beziehungsweise Ländern verbreiten und als Machtmittel in «Spielen» eingesetzt, bei denen es um die Gesundheit und das Überleben von grossen Teilen der Weltbevölkerung geht.

Das alleine wäre zwar noch kein ***Termination Event*** (Monbiot), das zur Auslöschung der Zivilisation führte, wie wir sie kennen. Aber sie ist zweifellos eine umfassende Herausforderung für die Gesellschaften, die Politik, die Ethik – global wie regional.

Es ist deshalb kaum übertrieben, die Frage von Hunger und Mangelernährung als eine der Grundfragen für die Zukunft der Menschheit zu bezeichnen. Im Kern lauten die Alternativen: ***weltweite Kooperation zur Existenzsicherung aller bei gleichzeitiger Stärkung regionaler Strukturen*** oder ***verschärfter Kampf aller gegen alle***; ***verstärkte Solidarität*** oder ***drohende Rückkehr eines offenen Sozialdarwinismus***.

Globale Zusammenarbeit in der Agrarpolitik: Beispiele aus der jüngeren Geschichte

Zur Bewältigung der Finanzkrise von 2007/2008 sind nach dem Konkurs der US-Investment-Bank Lehman Brothers (15.9.2008) aus dem Stand tiefgreifende strukturelle Massnahmen ergriffen worden. Eine Vielzahl von Banken und Finanzhäusern wurde verstaatlicht beziehungsweise unter staatliche Aufsicht gestellt – etwas, was noch Wochen davor kaum jemand in Erwägung gezogen hätte.[4]

Ähnlich könnten und müssten Sofortmassnahmen bei Hungerkrisen aussehen, sobald klar ist, dass herkömmliche Hilfskampagnen zu ihrer Bekämpfung nicht mehr ausreichen (was sich heute bereits abzeichnet). Sie könnten und müssten ähnlich radikal angelegt sein wie die erwähnten Verstaatlichungen 2008. Und sie müssten auf transnationaler Ebene angesiedelt sein.

So wäre es erforderlich, sich für besonders betroffene Länder auf Versorgungskontingente sowie Höchstpreise für Grundnahrungsmittel zu einigen – und dies selbst dann, wenn auch viele weitere Länder von gewissen Versorgungsengpässen betroffen wären.

Aber ist das nicht utopisch? Wie sollen nationalistische Regierungen à la Trump, Putin oder Modi zu einer Beteiligung an solchen Projekten gebracht werden? Wie die globalen Konzerne, die in erster Linie ihren Gewinnen verpflichtet sind?

Hier hilft ein Blick in die jüngere Geschichte. Tatsächlich gibt es Beispiele für transnationale Interventionen und Abkommen, die eine solch «utopische» Politik zum Inhalt hatten. So gründeten im Jahr 1942 die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und Kanada das Combined Food Board. Ziel war es, die weltweiten Ernährungsressourcen der Alliierten zu koordinieren, um die alliierten Truppen sowie die Zivilbevölkerung in den vom Krieg zerstörten Gebieten zu versorgen. Schon im Jahr darauf wurde die United Nations Relief and Rehabilitation Administration gegründet. 44 alliierte Staaten schlossen sich zusammen, um die notleidende Bevölkerung in Europa und China mit lebenswichtigen Gütern wie Nahrung, Treibstoff und Kleidung zu versorgen sowie die Landwirtschaft wieder aufzubauen. Die UNRRA konnte bis zu ihrer Auflösung 1948 Programme im Wert

von insgesamt 3.7 Mrd. USD auf die Beine stellen (inflationsbereinigt wären das heute rund 56 Mrd. USD – immerhin ein Drittel der Summe, die im Rahmen des viel bekannteren Marshall-Plans aufgewendet wurde).

Ab 1949 begannen die Vereinten Nationen, den volatilen globalen Weizenmarkt mit dem ***International Wheat Agreement*** zu stabilisieren. Export- und Importländer einigten sich auf feste Quoten und Preisspannen, um die Versorgung der importierenden Länder sicherzustellen beziehungsweise den Produzenten stabile Preise zu garantieren. Pro Scheffel Weizen (Hohlmass, 35 Liter) wurde anfänglich auf 2,00 USD festgelegt, der Mindestpreis auf 1,50 USD (IGC 2024, Kristjanson 1949).

Ab 1971 konnte allerdings keine Einigung über Preiskorridore und andere wirtschaftliche Eckwerte mehr erzielt werden. Das Abkommen wurde abgeschwächt und 1995 durch das ***International Grains Agreement*** abgelöst, das zwar bis heute in Kraft ist, dem aber kaum noch substanzielle Bedeutung zukommt (Bundesrat 1955). Vielmehr gelang es den globalen Agrar- und Rohstoff-Konzernen, ihre Interessen im Zuge der neoliberalen Wende mehr und mehr durchzusetzen.

Für globale Ernährungsfragen war ursprünglich die 1945 gegründete Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization of the United Nations, FAO) zuständig, eine UN-Sonderorganisation (wie die Weltgesundheits-Organisation WHO). UN-Sonderorganisationen verfügen über eigenständige Verfassungen beziehungsweise Institutionen. Die alle zwei Jahre tagende Konferenz ist das oberste FAO-Organ; in ihr verfügen alle 194 Mitgliedsländer über dasselbe Stimmengewicht. 1965 gaben sich die FAO-Mitgliedsländer mit einer einstimmig beschlossenen Verfassungsänderung den Auftrag, ***die Befreiung der Menschheit vom Hunger*** sicherzustellen. Weil die Entscheide in der FAO nach Mehrheitsprinzip (der Mitgliederländer) gefällt wurden und werden, bekamen die Länder des globalen Südens grosses Gewicht; seit der Welle von Dekolonisierungen in den 1960er Jahren befinden sie sich in der Mehrheit. Als Reaktion darauf wurde die FAO ab 1974 von den wichtigsten geldgebenden Ländern des globalen Nordens finanziell erheblich zurückgebunden. Bei internationalen Hilfskampagnen übernahm in vielen Fällen die Weltbank die Führung, und sämtliche Fragen der Regulierung des Welt-Agrarmarktes wurden ab 1995 der Welthandelsorganisation WTO übertragen (Liese 2008). Ein wichtiger Teil der FAO-Tätigkeiten ist überdies in Sonderprogramme ausgelagert worden, die ausserhalb des regulären FAO-Budgets finanziert werden müssen und denen jederzeit der Stecker gezogen werden kann. Viele dieser Programme werden gegenwärtig durch die Auflösung von USAID und weitere Streichungen von Entwicklungsgeldern massiv beeinträchtigt (Alliance Sud/2 2025).

Dieser kurze Überblick macht deutlich: Erstens ist unbestritten, dass Ernährungspolitik ***auch*** Weltpolitik sein muss. Und zweitens war es schon mehrfach möglich, durch internationale Kooperation substanzielle Erfolge zu erzielen. Es gibt keinen prinzipiellen Grund, warum dies nicht wieder so werden sollte.

Vier Vorschläge für eine Wende

Im Folgenden formulieren wir vier Ideen, die unseres Erachtens geeignet sind, Ernährungskrisen und Hungerkatastrophen erfolgreich zu bekämpfen:

- **Vorschlag #1:** Den Welthandel am Bedarf orientieren
- **Vorschlag #2:** Produktion und Konsum von Fleisch zugunsten von pflanzlicher Nahrung deutlich reduzieren
- **Vorschlag #3:** Eine global und regional umfassende ökosoziale Transformation der Landwirtschaft in Gang bringen, z.B. mit Hilfe von Transformationsagenturen
- **Vorschlag #4:** Mit der konsequenten Besteuerung von Übergewinnen (Windfall Profits) Inflationswellen stoppen

Unsere Überlegungen sind als Beitrag zu einem Erkundungs- und Diskussionsprozess gedacht, der unseres Erachtens dringend nötig ist. Dabei geht es immer um zwei Zeitdimensionen: Um kurzfristig wirksame Massnahmen, die allerdings bereits tief in die aktuellen Regelwerke eingreifen können und müssen, sowie um mittel- bis langfristig wirksame Interventionen, die auf einen nachhaltigen Umbau von Produktion, Handel und Konsum abzielen.

Die vier Vorschläge sollen Prozesse in Gang bringen, mit denen kurzfristige Massnahmen und langfristige Transformationen verbunden werden können. Wir erheben jedoch nicht den Anspruch, alle Probleme im Sinne eines umfassenden Programms lösen zu können; beispielsweise bleiben Themen wie Landgrabbing oder die Frage nach der Rolle von kleinbäuerlichen Strukturen hier weitgehend ausgeklammert.

Vorschlag #1: Den Welthandel am Bedarf orientieren

Der World Food Summit von 1996 hat Ernährungssicherheit wie folgt definiert: «*Food security exists when all people, at all times, have physical and economic access to sufficient, safe and nutritious food that meets their dietary needs and food preferences for an active and healthy life*.» (Eigene Übersetzung: Ernährungssicherheit besteht, wenn alle Menschen jederzeit physischen und wirtschaftlichen Zugang zu ausreichender, sicherer und nährstoffreicher Nahrung haben, die ihren Ernährungsbedürfnissen und persönlichen Ernährungspräferenzen entspricht und ihnen ein aktives und gesundes Leben ermöglicht (FAO 2006)).

Für Notsituationen und Flüchtlingslager wird die WHO genauer. So nennt sie bei körperlich «leichtem bis mittlerem Aktivierungsgrad» einen täglichen Mindestbedarf von 2100 Kalorien, und zwar durchschnittlich für eine typische Bevölkerungsgruppe (Männer, Frauen, Kinder, Alte). Dazu kommen Angaben für Fette, Obst und Gemüse (WHO 2000).

Eine zukunftstaugliche Welternährungspolitik muss alles daransetzen, auch in Krisen solch eine ausreichende Ernährung der gesamten Weltbevölkerung sicherzu-

stellen. Dafür müssen rasch wirksame Massnahmen ergriffen werden. Eine zentrale Rolle kommt dabei global vereinbarten Versorgungskontingenten mit Grundnahrungsmitteln und entsprechenden Preisobergrenzen zu. Als passende Vorbereitung würde sich ein Preiskorridor anbieten, wie er mit dem International Wheat Agreement in den 1950er und 1960er Jahren bereits einmal etabliert worden ist. Ein solcher Korridor böte einerseits Schutz gegen Preissteigerungen in Mangelsituationen, andererseits aber auch Schutz vor Preiszerfall bei Überschüssen, was gerade auch für kleinere Bauernbetriebe von existenzieller Bedeutung sein kann. Sinnvollerweise enthalten solche internationalen Abkommen auch Zielvorgaben in Bezug auf die Menge der produzierten Grundnahrungsmittel.

In einem wichtigen Punkt müsste ein zeitgemässes Regelwerk über die damaligen Bestimmungen des ***International Wheat Agreement*** hinausgehen. Die Preisobergrenze wurde damals gesichert, indem die Regierungen der Exportländer bei starkem Marktpreis-Anstieg ihren heimischen Exporteuren die Differenz zum Marktpreis vergüteten. Damit werden die Staaten verpflichtet, hohe Sondergewinne privater Produktions- und Handelsfirmen zu finanzieren. An dieser Bestimmung ist das Abkommen letztlich gescheitert.

Für die Einhaltung der Preiskorridore müssten deshalb sämtliche Akteure – vor allem auch die Handelshäuser – in die Pflicht genommen werden. Sie müssten gezwungen werden können, sich an Preisvorschriften zu halten und sowohl Oberwie auch Untergrenzen zu respektieren. Formell müssten dafür die WTO-Regeln geändert werden. Die WTO ist eine von der UNO vollständig unabhängige Organisation. Sie fällt die Entscheide einstimmig, was es faktisch unmöglich erscheinen lässt, die geforderte Regeländerung durchzubringen. Deshalb muss die Verletzung der WTO-Regeln offen in Kauf genommen werden. Solche Verletzungen sind bereits gängige Praxis: Die Regeln werden gegenwärtig immer häufiger missachtet, etwa durch protektionistische Zollbestimmungen. Überdies sind die WTO-Mechanismen zur Regel-Durchsetzung seit vielen Jahren blockiert, und zwar durch die USA, die gleichzeitig auch die meisten Regelmissachtungen verschuldet.

Auf Dauer wäre es am besten, die Dominanz privater Konzerne im Handelsgeschehen mit eigenständigen und machtvollen Institutionen beziehungsweise Akteuren zu durchbrechen, zum Beispiel in Form eines global agierenden Clusters von gemeinnützigen Produktions- und Handelsorganisationen, die nicht der Profitlogik beziehungsweise den Finanzinstituten unterworfen sind. Ansätze dazu sind auch bereits vorhanden (siehe Vorschlag #3 zu den Transformationsagenturen).

Weiter ist zu beachten, dass sich nach wie vor ein erheblicher Teil der Nahrungsmittelversorgung ausserhalb respektive am Rand der Weltmärkte abspielt und von kleinräumigen Strukturen geprägt ist. So produzieren nach Angaben der FAO weltweit 608 Mio kleine Familienbetriebe rund 35% der weltweiten Nahrungsmittel (FAO 2021). Diese Kleinbetriebe stehen aber vielerorts unter Druck (Klimaer-

wärmung, Landgrabbing, Zurückdrängung lokaler Sorten durch Saatgutpatente usw.). Für viele Länder des globalen Südens ist ihr Erhalt und ihre Stärkung allerdings von enormer Bedeutung.

Vorschlag #2
Deutliche Reduktion des Fleischkonsums

Klar ist: Mit Korrekturen beim Handel ist es nicht getan. Zu den Verteilungsfragen kommen strukturelle Fragen: Was wird produziert, wie wird produziert, und welche Rolle spielen kommerzielle Interessen?

An erster Stelle steht der hohe Anteil der Nutztiere. Denn eine einzige Umstellung im global dominierenden Speiseplan könnte die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln für alle Menschen sichern und darüber hinaus auch noch Reserven für Krisenzeiten freilegen. Es ist die deutliche Reduktion von Fleischproduktion und -konsum. Warum das relevant ist, zeigen die folgenden Angaben aus einer Publikation der ***Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen***: «***Die für die Viehzucht und den Futtermittelanbau benötigten Weide- und Ackerflächen machen nahezu 80 Prozent der weltweiten landwirtschaftlichen Nutzfläche aus, wohingegen der Kalorienbedarf der ganzen Menschheit derzeit nur zu 17 Prozent von Fleisch und tierischen Produkten gedeckt wird. (…) Heute werden mehr als 80 Prozent aller Sojabohnen, die Hälfte allen Getreides der Welt und ein Drittel aller gefangenen Fische an sogenannte «Nutztiere» verfüttert und damit nicht für die unmittelbare Ernährung von Menschen eingesetzt. Dafür werden Hunderttausende Tonnen Tierfutter aus Ländern des Globalen Südens in Industrieländer importiert. Darüber hinaus führt der industrielle Futtermittelanbau durch auslaugende Monokulturen, schwere Landmaschinen und Pflanzengifte zu tiefgreifender Schädigung fruchtbarer Böden, was wiederum Ernteerträge langfristig massiv verringert (Reiner 2020).***» Zudem treibt die Fleischproduktion den Klimawandel voran, sowohl direkt (Methanausstoss der Rinder) als auch indirekt: «***Laut Weltbank wird 80 Prozent des gerodeten Amazonas-Regenwaldes für den Anbau von Soja-Monokulturen und Viehzucht verwendet. Da Wälder der grösste CO2-Speicher der Erde sind, wäre ihr Schutz eines der wirksamsten Mittel gegen den Klimawandel und für die Erhaltung der Biodiversität***» (Reiner ebenda).

Vergleichbare Verhältnisse finden sich auch in der Schweiz, in der auf rund 60% der Ackerflächen (das sind rund 150'000 Hektaren) Futtermittel für Nutztiere angebaut werden (z.B. Futtermais oder Soja). Laut Angaben des Bauernverbandes kann mit Getreideanbau auf 10'400 Hektaren der Brotbedarf von mindestens einer Million Menschen gesichert werden (Haldimann 2022). Würde die Futtermittelproduktion vollständig durch Getreideanbau ersetzt, könnte damit der jährliche Brotbedarf von 14,4 Millionen Menschen gedeckt werden. Die Weideflächen wären davon nicht tangiert.

Eine deutliche Reduktion des Fleischkonsums entspricht auch den Empfehlungen für eine gesunde Ernährung, wie sie zum Beispiel die Deutsche Konsument:innen-Organisation «Verbraucherzentrale» abgibt: maximal 300 Gramm Fleisch und

Wurst pro Woche resp. 15.6 kg pro Jahr (Verbraucherzentrale 2025). Ähnlich die Empfehlungen des Schweizerischen Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen BLV: Maximal zwei bis drei Fleischportionen à 100 bis 120 Gramm, inklusive Hühnerfleisch und verarbeitetes Fleisch (BLV 2024). Der faktische Fleischkonsum ist deutlich höher und liegt in der Schweiz aktuell bei jährlich rund 50 kg. Die Schweiz bewegt sich damit im internationalen Mittelfeld. Ein so hoher Konsum gilt in vielerlei Hinsicht als gesundheitsschädigend.

Ausführlich mit der Welternährungsproblematik befasst sich die 2016 gegründete ***EAT-Lancet Commission***, ein gemeinsames Fachgremium der renommierten medizinischen Zeitschrift ***The Lancet*** und der norwegischen ***EAT-Foundation***. Sie hat bisher zwei umfassende Berichte zur Welternährungslage verfasst (2019, 2025). Ihr Befund deckt sich mit unseren Darlegungen. So fordert sie eine weltweite Reduktion der Produktion von rotem Fleisch um 50% (EAT-Lancet Commission 2025; ebenso https://eatforum.org/).

Dabei ist auch genauer auf die Bedingungen zu achten, in denen Tiere gehalten werden. Zum Beispiel muss berücksichtigt werden, dass weltweit zwei Drittel der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen der Welt Grasland sind, die sich für die Tierhaltung eignen, aber nicht für den Anbau von Pflanzen (Schader et al. 2025, Dyttrich 2016). Auf die Anklagebank gehört die futtermittelbasierte Tierhaltung, die Ackerland beansprucht – nicht die Tierhaltung an sich. Entsprechend muss der Futtermitteleinsatz sukzessive reduziert werden, z.B. mit entsprechenden Kontingenten.

Vorschlag #3
Die Etablierung von Transformationsagenturen

Unser dritter Vorschlag beschäftigt sich damit, wie erforderliche Veränderungsprozesse – in unserem Fall die nachhaltige Transformation der (globalen) Landwirtschaft – im notwendigen Tempo sowie in der erforderlichen Breite in Gang gebracht und gesichert werden können. Zu dieser Transformation existiert bereits eine Vielzahl von Konzepten, die auch in diversen lokalen Praktiken Fuss gefasst haben (Dyttrich 2015). Sie beziehen sich auf die Produktion (ökologischer Landbau, Permakultur, regenerative Landwirtschaft, Agroforstwirtschaft), auf Regulierungen (durch den Staat oder durch Label-Organisationen), auf neue Verbindungen zwischen Produktion und Konsum (solidarische Landwirtschaft) sowie auf die Stärkung von Betriebsformen – zum Beispiel genossenschaftliche Strukturen –, wie sie etwa von der Via Campesina favorisiert werden.

Dennoch haben all diese Ansätze bislang keinen umfassenden Durchbruch erzielt; vielmehr drohen sie ständig von Neuem an den Rand gedrängt zu werden. Wie aber könnten sie in der nötigen Breite und Geschwindigkeit verwirklicht werden? Geht das nur von unten, durch Basisbewegungen? Braucht es mehr und andere Regulierungen? Klare gesellschaftliche Zielsetzungen? Neue Strukturen? Wohl alles zusammen – und noch mehr. Denn wenn sich ein entsprechender kollektiver Wille formiert, sind moderne Gesellschaften zu hohen Anpassungsleistun-

gen und weitreichenden Transformationsprozessen fähig, wie sich z.B. in Krisensituationen (Pandemien, Naturkatastrophen, Krieg usw.) zeigt. Sie können dafür auf einen grossen Fundus an sozialen, Handlungs- und Wissenskompetenzen beziehungsweise -ressourcen zurückgreifen. Leider machen die von Sonderinteressen geleiteten herrschenden Klassen und Klassenfraktionen solche Anstrengungen immer wieder zunichte, respektive lassen sie gar nicht richtig entstehen. Die weitgehende Wirkungslosigkeit der gegenwärtigen Klimapolitik ist dafür ein beredtes Beispiel.

Wir können in diesem Text die Frage nach den Bedingungen nur skizzieren, unter denen sich politische und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse ändern können (siehe letzter Abschnitt «Fazit»).Dabei geht es zunächst um die Frage, wie Bewegungen von unten, gesamtgesellschaftliche Ziele und passende Regulierungen in eine gemeinsame Veränderungsdynamik gebracht werden können, die den aktuellen Anforderungen gerecht wird. Wir hoffen, damit einen bescheidenen Beitrag zur Veränderung der Kräfteverhältnisse selbst zu leisten – in dem wir konkrete Vorstellungen zur Diskussion stellen, wie gesellschaftliche Transformationen in Gang gesetzt werden können.

Zum Beispiel das Konzept der ***Transformationsagentur***. 2024 hat die Denknetz-Fachgruppe Kreislaufwirtschaft dazu ein Arbeitspapier veröffentlicht. Wir erläutern es zunächst an einem konkreten Beispiel. Der genossenschaftliche Schweizer Detailhandler Coop vertreibt seit 1995 unter dem Label ***Naturaline*** ein Sortiment von mittlerweile 500 Textilprodukten. Das Besondere: Sämtliche Produkte dieser Linie werden von A bis Z gemäss hohen ökologischen und sozialen Standards produziert. Verwendet wird ausschliesslich Bio-Baumwolle; die Vergütung der Bauern in Indien und Tansania ist fair und transparent; Stoffverarbeitung und Färbung erfolgen gemäss ökologischen Kriterien; und fair sind auch die Arbeitsbedingungen der Textilarbeitenden.[5]

Bemerkenswert ist, wie Coop das Projekt verwirklicht und konsolidiert hat. Die Firma verfügt über eine Partnerin, die ***Stiftung bioRe***, die für die Einhaltung beziehungsweise Weiterentwicklung der ökologischen und sozialen Standards verantwortlich ist. ***BioRe*** entspricht dem, was wir Transformationsagentur nennen.

Transformationsagenturen sind Non-Profit-Institutionen, denen die Aufgabe der Koordination und Steuerung von Wirtschaftsabläufen zukommt, mit denen gemeinnützige Ziele erreicht werden sollen. Manche Label-Organisationen weisen selbst viele Merkmale solcher Agenturen auf. Sie sichern Etablierung sowie Einhaltung von Standards und sind manchmal auch in Produktion beziehungsweise Handel involviert. Um ausreichend wirksam zu werden, müssten solche Transformationsagenturen von der öffentlichen Hand zu einem tragenden Bestandteil von Veränderungsprozessen gemacht werden. Sie müssten als Teil des öffentlichen Dienstes verstanden werden, der öffentlichen Kontrolle unterliegen und bei Bedarf von der öffentlichen Hand finanziell gesichert werden. Schritt für Schritt müsste die Mitwirkung von Transformationsagenturen in der gesamten Wirtschaft verbindlich durchgesetzt werden.[6]

Damit könnte die oftmals grosse Lücke zwischen staatlicher Regulierung und konkreter Umsetzung geschlossen werden. Dank der Transformationsagenturen, deren Fachkompetenz und Koordinationstätigkeiten erhalten alle Beteiligten die nötige Unterstützung und können wirksam zur Einhaltung geltender Regeln angehalten werden. So könnten Veränderungsprozesse massiv beschleunigt und durch kollektive Lernprozesse ständig optimiert werden. Mit den Transformationsagenturen soll ein Ansatz konzeptualisiert werden, der in kleineren und grösseren Nischen bereits praktiziert wird, neu aber als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozesses aus diesen Nischen heraustreten soll.

Das Konzept ist genügend flexibel, um an die jeweiligen konkreten Gegebenheiten angepasst werden zu können. Im erwähnten Text macht die Denknetz-Fachgruppe Kreislaufwirtschaft ein konkretes Beispiel aus dem Bereich der Energieversorgung: Eine entsprechende Transformationsagentur bietet unabhängige Beratungen und Projektleitungen für energetische Optimierungen von Immobilien, für die dezentrale Gewinnung erneuerbarer Energien sowie für ähnliche Projekte. Sie macht dabei auch Angebote im Bereich Leasing/Contracting: Die Kund:innen beauftragen die Agentur mit der Realisierung der gemeinsam geplanten Lösung (z. B. der Installation von Wärmepumpen sowie Klimaanlagen in Kombination mit einer Photovoltaikanlage). Öffentlich getragene Banken (in der Schweiz die Kantonalbanken) vergeben den Agenturen Kredite zu günstigen Bedingungen. Die fertiggestellte Installation wird von den Kund:innen geleast, verbleibt aber während der Abschreibungszeit im Besitz der Agentur und dient damit als Sicherheit für die Kreditvergabe. So entstehen kostengünstige, von Fachleuten angeleitete, transparente Lösungen. Die Auftraggebenden sind vor Überforderungen geschützt und haben die Garantie, dass sie nicht übervorteilt werden, weil diese Agenturen keine eigenen Gewinninteressen verfolgen und der öffentlichen Kontrolle unterstehen.

Transformationsagenturen können – wie das Beispiel von bioRe zeigt – auch transnational aktiv sein. Globale Labels und Organisationen wie die 1992 in der Schweiz nach dem Vorbild einer niederländischen Organisation gegründete Max-Havelaar-Stiftung gehen in eine ähnliche Richtung. Letztlich kann und muss es das Ziel sein, auf globaler Ebene gemeinnützige Cluster von Produktions- und Handelsorganisationen aufzubauen, die sich dem Druck der Profitlogik und der Finanzinstitute widersetzen können.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass eine globale Arbeitsteilung in der Produktion von Nahrungsmitteln sinnvoll ist, soweit sie sich auf geographische und klimatische Gegebenheiten abstützt. Sie darf aber nicht von Profitinteressen bestimmt werden. Wird zum Beispiel die ausreichende Versorgung der lokalen Bevölkerungen wegen der Exportorientierung der Landwirtschaft erschwert oder verunmöglicht, sind entsprechende Korrekturen dringend geboten.

Bei Transformationsprozessen ist auch darauf zu achten, dass Volkswirtschaften nicht durch starre Vorgaben destabilisiert werden. Zum Beispiel müssen in Ländern, in denen die Produktion tierischer Nahrungsmittel dominiert, realistische Transformationspfade entwickelt werden.

Vorschlag #4
Konsequente Besteuerung von Übergewinnen (Windfall Profits)

Im Jahr 2021 begannen die Preise zunächst in den USA und dann weltweit auf breiter Front deutlich zu steigen. Praktisch aus dem Nichts entstand eine Inflationswelle, die auf ihrem Höhepunkt im August 2022 zu hohen Inflationsraten von über 8% in den USA und 9.8% in der EU führte. Die Lieferengpässe, die ab März 2020 durch die Corona-Pandemie und ab 24.2.2022 durch den russischen Angriff auf die Ukraine verursacht worden sind, wurden von Handels- und Produktionsfirmen sofort für enorme Preissteigerungen genutzt. Diese waren so bedeutend, dass sie die globale Inflationswelle in Gang setzten. Dabei konnten die Firmen enorme Extraprofite einstreichen, ohne dafür die geringste Zusatzleistung zu erbringen. Der entsprechende Fachbegriff lautet Windfall Profits (Übergewinne) und war plötzlich in aller Munde (Ringger 2022)

Es gibt eine passende Antwort auf diese Art von profitgetriebener Inflation, die das Übel an der Wurzel packt: die Besteuerung eben dieser Übergewinne. Ist diese Steuer genügend hoch (z.B. bei 90%), werden entsprechende Preissteigerungen deutlich weniger attraktiv. In der Geschichte wurden solche Übergewinn-Steuern immer wieder eingeführt, in den letzten Jahren etwa in der Folge der erwähnten Inflationswelle 2021/2022 oder gegenwärtig durch Portugal wegen der Übergewinne als Folge der Hormus-Krise. Meist erfolgte dies zu zögerlich und in zu bescheidender Höhe. Angesichts dessen, was uns in den nächsten Jahrzehnten erwartet, müssten solche Steuern präventiv international etabliert und auf Dauer angelegt werden. Es müssten Verfahren zur akkuraten Erfassung von Übergewinnen entwickelt werden, und die Steuersätze müssten prohibitiv hoch sein (z.B. 90%). Eine solche Steuer wäre auch ein passendes Instrument, um in Mangelsituationen Preisobergrenzen und damit unseren Vorschlag #1 zu stützen (***Den Welthandel am Bedarf orientieren***). Handelshäuser, die solche neuen Bestimmungen zu unterlaufen versuchten (z.B. mit Lagerhortungen), müssten unter öffentliche Kontrolle gestellt oder gar verstaatlicht werden – wie es mit manchen Finanzunternehmen 2008 gemacht worden ist.

Viele Jahre lang schien es ein Ding der Unmöglichkeit, eine global koordinierte Steuerpolitik durchzusetzen. Dann allerdings machte die Einführung der im Oktober 2021 initiierten OECD-Mindestgrenze von 15% der Steuern auf Unternehmensgewinne deutlich, dass dies doch möglich ist. Zwar ist die OECD-Mindeststeuer strittig; Alliance Sud etwa kritisiert, dass der globale Süden von dieser Mindestgrenze kaum profitiert (Alliance Sud 2022). Dennoch bleibt bemerkenswert, wie die Massnahme durchgesetzt werden sollte. Der «Trick» beim OECD-Konzept: Weigert sich ein Land, diese Mindeststeuer einzufordern, können andere Länder, in denen die entsprechenden Konzerne tätig sind, Ersatzsteuern festlegen; diese

entgehen dann dem Hauptsitzland. Das hat gewirkt, und die Mindeststeuer ist in 60 Ländern bereits eingeführt worden. Auch die Schweiz hat 2023 in einer Volksabstimmung der Übernahme dieser Regeln zugestimmt.[7]

In Bezug auf eine Übergewinnsteuer böte sich ein vergleichbares Vorgehen an. Die Verwendung der Übergewinnsteuern müsste ebenfalls international koordiniert werden; dabei drängt sich auf, sie zur Förderung einer ökosozialen Agrarwirtschaft und zur Stärkung der Klimaresilienz in Ländern mit niedrigem Einkommen zu verwenden.

Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die Vorschläge von Alliance Sud, des Dachverbandes der Schweizer Entwicklungsorganisationen. Im Sommer 2025 publizierte der Verband unter dem Titel ***Eine neue Schweiz für eine gerechtere Welt*** ein grundlegendes programmatisches Konzept (Alliance Sud/1 2025). Dieses geht von der Möglichkeit aus, dass die Politik der Trump-Administration zu einer Gegenbewegung führt und so letztlich den Boden für einen erneuerten, gerechteren Multilateralismus vorbereitet. Eine solche Gegenbewegung sollte und müsste auch von der Schweiz mitgetragen werden. Alliance Sud macht eine Reihe von konkreten Vorschlägen, etwa eine höhere Mindestbesteuerung von Unternehmensgewinnen von 19%, ein neues UNO-Rahmenwerk zu Rohstoffrenten, die Aufhebung der Steuerbefreiung von Kerosin, einen globalen Fonds für Klimagerechtigkeit und eine an Umweltschutz sowie Menschenrechten orientierte Überprüfung von Handelsabkommen.

Fazit: Hungerpolitik stoppen

In einer vernetzten und stark arbeitsteiligen Welt sind Hunger beziehungsweise Mangelernährung längst keine Naturereignisse mehr. Sie sind das Ergebnis von wirtschaftlichen Interessen, politischen Entscheiden und etablierten Konsumgewohnheiten. Die Produktion von Nahrungsmitteln ist von Profitinteressen, von der Macht globaler Konzerne, von rücksichtsloser Zurückdrängung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft sowie von potenziell desaströsen Folgen für Böden, Gewässer und Biodiversität geprägt.

Die zusätzlichen Belastungen aufgrund von Klimaerhitzung und Kriegen machen eine ernährungspolitische Wende unerlässlich, wenn Hunderte Millionen Menschen vor Krankheit, Leid und Tod bewahrt werden sollen. Je länger eine solche Wende ausbleibt, desto dramatischer sind die Folgen. Dabei geht es nicht nur um Unterlassungen, etwa um das Gewährenlassen der Spekulation mit Lebensmitteln. Vielmehr drohen ein eigentlicher Zerfall von Ethik und Menschenrechten, wachsende Gleichgültigkeit und Zynismus sowie – mancherorts heute schon – der Einsatz von Hunger als Waffe in Konflikten.

Wenn es bezüglich Ernährung so bleibt, wie es ist, wird Weltpolitik zur Hungerpolitik.

Die gegenwärtigen internationalen Kräfteverhältnisse scheinen für die geforderte Wende allerdings ungünstig zu sein. Nationalistische, teilweise auch imperiale politische Kräfte sind in den letzten Jahren deutlich stärker geworden. Für diese Kräfte sind internationale Kooperationen linksliberaler Unfug, der nur den jeweils anderen nützt.

Aber die aktuellen politischen Verhältnisse sind alles andere als stabil. Unerwartete Veränderungen sind in kurzer Zeit möglich – auch solche, die eine solidarische Politik fördern. Hohe Profite aufgrund von Versorgungs-Engpässen könnten zum Beispiel die Frage nach der Kontrolle der Preise und damit der (Welt)-Märkte ins Zentrum der politischen Agenda katapultieren. In solchen Situationen ist es von Bedeutung, ob durchdachte Politikvorschläge verfügbar sind oder nicht.

Wir plädieren deshalb dafür, heute schon Diskussionen über Vorschläge zu lancieren, wie wir sie in diesem Text skizzieren. Diese Ideen müssen zweifellos weiterentwickelt werden, insbesondere im Austausch mit Organisationen und Bewegungen, die über entsprechende Kenntnisse sowie Erfahrungen verfügen. Dabei scheint uns aber wichtig, Vorschläge und Massnahmen nicht im Vornherein bescheidener und kleinräumiger zu denken als erforderlich, nur weil die Verwirklichung schwierig oder unmöglich erscheint. Denn würde es bei Vorschlägen bleiben, die den Herausforderungen nicht angemessen sind, würde der im Subtext versteckte vorauseilende Pessimismus lähmend wirken.

Wir werden uns jedenfalls bemühen, mit unseren Überlegungen breitere Debatten auszulösen, in der Schweiz, aber auch über die Landesgrenzen hinaus. Vielleicht bildet sich dabei der Kern einer neuen Allianz heraus, die entschlossen ist, dem zu erwartenden Vormarsch der Hungerpolitik die Stirn zu bieten.

Autor:innen | Tim Eberhard, Max Fischer, Jürg Fröhlich, Martin Gallusser, Jürg Meier, Beat Ringger, Annette Schlemm, Simone Schnabel und Claus Seibt sind alle bei Denknetz aktiv.

Literatur

Alliance Sud (2022): Die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer für multinationale Konzerne in der Schweiz aus der Sicht von Alliance Sud, https://www.alliancesud.ch/de/steuereinnahmen-muessen-den-globalen-sueden (gelesen am 8.10.2026).

Alliance Sud/1 (2025): Der neue Deal. Eine neue Schweiz für eine gerechtere Welt, in: Global, Sonderausgabe, https://www.alliancesud.ch/de/sonderglobal-der-neue-deal-eine-neue-schweiz-fuer-eine-gerechtere-welt (gelesen am 10.10.2026). PDF: https://bc-production.pressmatrix.com/de/profiles/2609b1eca09c/editions/3c306339b1ae59e19a29/pages.

Alliance Sud/2 (2025): Fact Sheet zu den Folgen der Zerschlagung von USAID, https://www.alliancesud.ch/sites/default/files/2025-06/20250626_Factsheet%2520USAID_dt.pdf (gelesen am 7.8.2026).

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen BLV (2024): Schweizer Ernährungsempfehlungen für Erwachsene (18–65 Jahre), https://www.blv.admin.ch/de/ernaehrung-erwachsene (gelesen am 7.8.2026).

Bundesrat (1995): Botschaft 95.080 zum Übereinkommen von 1995 betreffend das Internationale Getreideabkommen vom 15. November 1995, https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/1995/4_1732_1674_1588/de (gelesen am 17.7.2026).

Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie (2010): Zur ›Too big to fail‹-Problematik: Finanzdienste als Service public, in: Denknetz-Jahrbuch 2010, S. 38–48, https://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/Jahrbuch_2010.pdf.

Denknetz-Fachgruppe Kreislaufwirtschaft (2024): Kreislaufwirtschaft: Greenwashing oder transformatives Konzept?, in: Denknetz-Jahrbuch 2024, 135-143, https://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2025/11/202404_Cerri_et_al.pdf.

Denknetz (2025): Das Projekt Heisszeit. Eine Kurzbeschreibung in 24 Sätzen, https://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2025/10/Schirmtext-V4-30.9.25_def.pdf.

Deutsches Auswärtiges Amt (2020): Fifty years after the Biafra War, a turning point for humanitarian assistance, https://www.auswaertiges-amt.de/en/aussenpolitik/themen/humanitarianassistance/biafra-humanitarian-assistance-2292640 (gelesen am 14.7.2026).

Dyttrich, Bettina/Hösli, Giorgio (2015): Gemeinsam auf dem Acker. Solidarische Landwirtschaft in der Schweiz, Zürich.

Dyttrich, Bettina (2016): Nutztiere und Umwelt: Angeklagt: Kuh, Schaf und Geiss, in: WOZ, H. 51, https://www.woz.ch/1651/nutztiere-und-umwelt/angeklagt-kuh-schaf-und-geiss (gelesen am 7.8.2026).

Dyttrich, Bettina (2022/1): Wir müssen über Kalorien reden, in: WOZ, H. 14, https://www.woz.ch/2214/agrarpolitik/wir-muessen-ueber-kalorien-reden (gelesen am 7.8.2026).

Dyttrich, Bettina (2022/2): Agrarökologie: Viel mehr als Bio, in: WOZ, H. 50, https://www.woz.ch/2250/agraroekologie/viel-mehr-als-bio/!21ZEE8H86XVZ (gelesen am 7.8.2026).

Dyttrich, Bettina (2026): Die Autonomie beginnt beim Dünger, in: WOZ, H. 15, https://www.woz.ch/2615/energiekrise/die-autonomie-beginnt-beim-duenger/!VCVDN8PPKD21 (gelesen am 6.8.2026).

The EAT–Lancet Commission on healthy, sustainable, and just food systems (2025): The EAT–Lancet Commission on healthy, sustainable, and just food systems, https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(25)01201-2/fulltext (gelesen am 19.7.2026).

EU-Policy Department for Structural and Cohesion Policies Directorate-General for In-

ternal Policies (2024). The role of commodity traders in shaping agricultural markets. https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2024/747276/IPOL_STU(2024)747276_EN.pdf; Deutsche Zusammenfassung: Die Rolle von Rohstoffhändlern bei der Gestaltung der Agrarmärkte: Oligopol und vertikale Integration – die ABCD-Unternehmen, neue Akteure und Strategien und mögliches Eingreifen der EU (2024). https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2024/747276/IPOL_STU(2024)747276(SUM01)_DE.pdf (gelesen am 14.7.2026)

FAO (2006): Food Security Policy Brief, Nr. 2, https://www.fao.org/fileadmin/templates/faoitaly/documents/pdf/pdf_Food_Security_Cocept_Note.pdf (gelesen am 24.9.2026).

FAO (2021): Small family farmers produce a third of the world's food, https://www.fao.org/newsroom/detail/Small-family-farmers-produce-a-third-of-the-world-s-food/en# (gelesen am 6.8.2026).

Haldimann, Adrian (2022): Biodiversitätsförderflächen: Per 2024 fallen rund 3400 Hektaren Ackerland ganz aus der Produktion. «Ökologisch und ethisch vertretbar?», in: Schweizer Bauer, 14.5.2022, S. 5, https://www.initiative-sauberes-trinkwasser.ch/wp-content/uploads/2022/11/Biodiversitaetsfoerderflaechen-Oekologisch-und-ethisch-vertretbar.pdf (gelesen am 19.7.2026).

Heinrich-Böll-Stiftung (2022): Pestizid-Atlas. Zusammenfassung: https://www.boell.de/de/2022/01/12/chemiekonzerne-pestizide-saatgut-versprechen-grosse-geschaefte.

Intergovernmental Panel on Climate Change IPCC (2022): Climate Change 2022: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Summary for Policy-Makers, https://doi.org/10.1017/9781009325844 (gelesen am 7.8.2026).

International Grains Council IGC (2024): International Grains Council: History, https://www.igc.int/en/downloads/brochure/gen08094rev11.pdf (gelesen am 8.10.2026).

Kristjanson, B. H. (1949): The International Wheat Agreement, in: North Dakota Agricultural Experiment Station, Bimonthly Bulletin, März/April 1949, https://scispace.com/pdf/the-international-wheat-agreement-of-1949-c74rps64ds.pdf (gelesen am 8.10.2026).

Liese, Andrea (2008): Die Nahrungsmittelkrise: Chance oder Krise der Welternährungsorganisation?, in: Vereinte Nationen, H. 2, https://zeitschrift-vereinte-nationen.de/publications/PDFs/Zeitschrift_VN/VN_2009/Heft_2_2009/02_liese_beitrag_2-09_30-3-09_web.pdf (gelesen am 17.6.2026).

Max-Havelaar-Stiftung (o. J.): Homepage, https://www.fairtrade.net/ch-de.html.

Missbach, Andreas (2026): Die Saat des Krieges, in: Global, Frühling 2026, https://www.alliancesud.ch/de/die-saat-des-krieges (gelesen am 8.10.2026).

Monbiot, George (2023): The Hunger Gap. Bericht zuhanden der Inquiry on Environmental Change and Food Security des britischen Parlaments, https://www.monbiot.com/2023/03/09/the-hunger-gap/ (gelesen am 14.7.2026).

Monbiot, George (2026): We're letting big corporations gamble with our lives. Act now, or the food could run out, in: The Guardian, 25.3.2026, https://www.theguardian.com/commentisfree/2026/mar/25/big-corporations-global-food-system-war-iran (gelesen am 14.7.2026).

Neue Zürcher Zeitung NZZ (2026): Hungerkrise in Afghanistan spitzt sich zu, 5.8.2026, S. 7.

Reiner, Laura (2020): Eine zukunftssichere Ernährung ist pflanzenbasiert, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, 12.3.2020, https://dgvn.de/meldung/eine-zukunftssichere-ernaehrung-ist-pflanzenbasiert (gelesen am 18.7.2026).

Ringger, Beat/Wermuth, Cédric (2020): Die Service-public-Revolution, Zürich.

Ringger, Beat (2022): Inflation, Versorgungskrisen, Staatsinterventionen, https://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2022/11/Ringger_Inflation_Versorgungskrisen_Staatsinterventionen.pdf.

Sandrisser, Nils (2017): Biafra 1967. Als hungernde Kinder Symbole der Dritten Welt wurden, in: Welt, 6.7.2017, https://www.welt.de/geschichte/article166324755/Biafra-1967-Als-hungernde-Kinder-Symbole-der-Dritten-Welt-wurden.html (gelesen am 14.7.2026).

Schader, Christian et al. (2015): Impacts of feeding less food-competing feedstuffs to livestock on global food system sustainability, in: Journal of the Royal Society Interface, H. 12, 23(113), https://doi.org/10.1098/rsif.2015.0891 (gelesen am 7.8.2026).

Tacon Albert G.J, Metian Marc (2018). Globally, seafood and fish products are the third major source of humans' dietary protein. Website der Global Seafood Alliance, https://www.globalseafood.org/advocate/food-matters-comparative-analysis-fish-income-food-supply/# (gelesen am 20.7.2026)

Torero, Máximo (2026): FAO Chief Economist warns of severe global food security risks from disruption to Strait of Hormuz trade corridor, FAO, https://www.fao.org/newsroom/detail/fao-chief-economist-warns-of-severe-global-food-security-risks-from-disruption-to-strait-of-hormuz-trade-corridor/ (gelesen am 10.10.2026).

United Nations News (2026): Afghanistan hunger crisis intensifies as millions left without food aid, 4.8.2026, https://news.un.org/en/story/2026/08/1168069 (gelesen am 6.8.2026).

Verbraucherzentrale (2025): Wie viel Fleisch ist das richtige Mass?, Stand: 25.6.2025, https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/lebensmittel/lebensmittelproduktion/wie-viel-fleisch-ist-das-richtige-mass-5535 (gelesen am 19.7.2026).

World Health Organization WHO (2000): The Management of Nutrition in Major Emergencies, Geneva, https://www.who.int/publications/i/item/9241545208 (gelesen am 24.9.2026).

Endnoten

1 Wir danken Bettina Dyttrich, Andreas Missbach, Helen Müri, Reto Tanner und Thomi Sacchi für ihre wertvollen Rückmeldungen

2 Zur Einordnung: Laut Angaben der Global Sea food Alliance (Tacon, Metian 2018) beträgt der Anteil der maritimen Nahrungsmittel an der Versorgung der Weltbevölkerung mit Kalorien nur 1.3%. Bedeutender ist der Anteil an Proteinen (7,5%) und an diversen Mikronährstoffen. Die regionalen Unterschiede sind beträchtlich.

3 Auf Deutsch: ***Hat ein System erst seine Widerstandsfähigkeit verloren, lässt sich nur schwer vorhersagen, wie und wann es kollabiert. Beginnt alles mit dem Zusammenbruch eines grossen Unternehmens? Mit der Schliessung von zwei oder mehr Handelsrouten? Mit einem grossen IT-Crash? Einem schwerwiegenden Klimaereignis, das mit einer geopolitischen Krise zusammenfällt? Als Nächstes könnten dann Insolvenzen und branchenübergreifende Ausfälle eintreten. Dann … nun ja, das übersteigt jede Vorstellungskraft. Die Kette zwischen Verkäufer und Käufer – die für unsere Lebensmittelversorgung ebenso grundlegend ist wie die Produktion von Lebensmitteln selbst – könnte plötzlich reissen. Die Regale würden leergeräumt, da die Menschen in Panik Hamsterkäufe tätigen würden. Ernten würden auf den Feldern, in Silos oder in Häfen verrotten. Ist das Finanzgerüst der Agrarindustrie erst einmal zusammengebrochen, wäre es wahrscheinlich unmöglich, es in der nötigen Frist wieder hochzufahren, um eine Massenhungersnot noch zu verhindern. Als komplexe Gesellschaften sehen wir uns mit einem potenziellen Endzeit-Ereignis konfrontiert*** (Übersetzung BR).

4 Diese Wende hätte damals den Anfang bilden können – für einen nachhaltigen strukturellen Umbau der Finanzmärkte, wie er – etwa von der Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie 2010 – gefordert worden war (Denknetz Fachgruppe Politische Ökonomie 2010 https://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/Jahrbuch_2010.pdf). Doch trotz des Schocks eines Beinahe-Zusammenbruchs der Finanzmärkte dauerte es nicht lange, bis die herrschenden Kreise sich darauf einigten, solche transformativen Optionen zu verwerfen.

5 Heute - 31 Jahre später - ist ***Naturaline*** immer noch eines der weltweit grössten Projekte dieser Art. Dabei könnten viel grössere Detailhändler mit vergleichbaren Produktlinien in ganz andere Dimensionen vordringen und damit massgebende Veränderungsprozesse anstossen – tun dies aber nicht.

6 Solche Prozesse der Verbindlichmachung sind in der Geschichte der öffentlichen Dienste übrigens immer wieder anzutreffen. Zum Beispiel gingen den gesetzlich vorgeschriebenen Krankenkassen private Hilfsorganisationen voraus; und die aufsuchende Krankenpflege (in der Schweiz Spitex genannt) wurde in der Deutschschweiz zunächst durch private Hilfsvereine organisiert, bevor sie allgemeinverbindlich etabliert wurde (Ringger, Wermuth 2020).

7 Gegenwärtig unternimmt die US-Administration unter Trump allerdings alles, um die OECD-Mindestbesteuerung zu unterlaufen. Das letzte Wort ist allerdings noch nicht gesprochen. Gut möglich, dass die Steuerregeln diese Angriffe überleben und sich nach einer politischen Wende in den USA dauerhaft etablieren.